

Beilage zu Nummer 83 der Volksstimme.

Freitag den 7. April 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 7. April 1916.

Die Sommer-Zeit.

Der Bundesrat hat beschlossen, daß in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916 an Stelle der mitteleuropäischen Zeit, die in Deutschland durch Reichsgesetz vom 12. März 1893 eingeführt worden ist, als geographische Zeit die mittlere Sonnenzeit des 30. Längengrades östlich von Greenwich gelten soll. Das bedeutet, daß die Uhren für diese Zeitspanne um eine Stunde vorzustellen sind. Demgemäß wird der 1. Mai 1916 bereits am 30. April 1916, nachmittags 11 Uhr beginnen, der 30. September 1916 aber um eine Stunde verlängert werden, damit am 1. Oktober 1916 die mitteleuropäische Zeit wieder in Kraft treten kann.

Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten.

Der Bundesrat hat am 4. April eine Verordnung erlassen, nach der zum Zwecke gärtnerischer Nutzung Grundstücke in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern nicht höher als zu den von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Preisen verpachtet werden dürfen. Die Festsetzung erfolgt nach Anhörung von landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Sachverständigen unter Berücksichtigung der Pachtpreise, die in den Jahren 1911, 1912 und 1913 für gleiche oder ähnliche Grundstücke derselben Gegend durchschnittlich gezahlt worden sind. Diese Vorschrift findet auch für die künftig zu zahlenden Preise bei Verträgen, die vor Inkrafttreten dieser Bekanntmachung, aber nach dem 1. August 1914 abgeschlossen sind, derart Anwendung, daß der Pachtpreis sich für die Zeit nach dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung nach Maßgabe des § 1 ermäßigt.

Streitigkeiten über die Höhe der Pachtpreise werden unter Ausschluss des Rechtsweges endgültig durch die untere Verwaltungsbehörde entschieden. Sie kann bestimmen, daß, wer entgegen den Vorschriften der §§ 1 und 2 zu hohe Pachtpreise erhebt, den zehnfach erhöhten Betrag in dreifacher Höhe an die Kasse des Ortsarmenverbandes des belegen Grundstücks zu entrichten hat. Den zu entrichtenden Betrag legt die untere Verwaltungsbehörde fest. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Städtischer Fleischverkauf. Auf das Inserat in der heutigen Nummer der „Volksstimme“, Fleischverkauf betreffend, machen wir unsere Leser besonders aufmerksam.

Städtischer Kartoffelverkauf. Im Angeleit der vorliegenden Ausgabe veröffentlicht der Magistrat zwei Bekanntmachungen zum Kartoffelverkauf. Die eine betrifft den Kleinverkauf, die andere den Großverkauf von Kartoffeln.

Eine neue Erhebung der Vorräte von Kartoffeln und Erzeugnissen der Kartoffelzucht ist vom Bundesrat auf den 21. April festgesetzt worden. Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzugeben, wenn sie an Kartoffeln im ganzen zwanzig Pfund, an Erzeugnissen der Kartoffelzucht und Kartoffelzuchtprodukten im ganzen fünf Pfund übersteigen. Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, die Erhebungen auch auf geringere Mengen zu erstrecken. Die Erhebung der Vorräte erfolgt gemeindeweise. Zuwiderhandlungen gegen die Bundesratsverordnungen werden mit sechs Monaten Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft. Außerdem kann auf Eingehung der nicht gemeldeten Vorräte erkannt werden.

Verlängerte Verkaufszeit. Die beteiligten Gewerbetreibenden werden vom Polizeipräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß am 19., 20. und 22. d. Mts. die hiesigen offenen Verkaufsstellen (Märkte) bis 9 Uhr abends geöffnet bleiben dürfen und die Bestimmungen des § 139e der Gewerbeordnung auf diese Tage keine Anwendung finden.

Wie man hamstert und wer hamstert, davon erlebte man in einem hiesigen Auktionsgeschäft ein geradezu klassisches Beispiel. Eine ältere Dame kaufte zwei Schinken im Gewicht von 14 und 18 Pfund und bezahlte dafür 128 Mark. Sie ließ sich die Schinken in die Wohnung bringen. Und als sie ihre Adresse nannte, erfuhr man, daß sie eine allein stehende Dame war, die sich den Luxus gestattete, zwei Schinken zugleich einzuhamstern.

Aufgefunden wurden am Rheinufer zu Mainz-Kastel die Kleidungsstücke der seit 22. März vermißten Josefine Schweikhardt aus Wiesbaden, die wahrscheinlich den Tod im Rhein gefunden und gefunden hat. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 7. April. (Verzweiflungstat einer Mutter.) Die Luise Wanker von hier ernährt sich und zwei Kinder durch Waschen und Bügeln. In Schierstein hatte sie und ihre Kinder, von denen das jüngste im November vorigen Jahres geboren wurde, Unterkunft gefunden. Weil sie aber in Diebstahl heimatsberechtigt ist, wollte sie die Gemeinde Schierstein nicht dulden. Ihre Mutter erhielt mehrfach Polizeiverwarnungen, weil sie ihre bei sich unterkunft gewährt, und zuletzt nahm auch der Stiefvater entschiedene Stellung gegen sie, indem er sich weigerte, das jüngste Kind länger in seinem Haushalt zu dulden. Da hatte denn eines Nachmittags die Wanker dieses Kind auf, begab sich vor das Dorf und legte es an den nach Frauenstein führenden Weg nieder. Einige auf einem Spaziergang begriffene Soldaten fanden es etwa zwei Stunden später und brachten es ins katholische Säuglingsheim, wo die Mutter dann anderen Tages verhaftet und der Versuch machte, ihr Kind zurückzuholen. Die Strafkammer verurteilte sie wegen Kindesraub zu einer zu der geringsten zulässigen Strafe von sechs Monaten Gefängnis und brachte außerdem den der erlittenen Unterbringungshaft einen Monat in Anrechnung.

Diebstahl, 7. April. (Lebensmüde.) Am Mittwochabend zwischen 8 und 9 Uhr verfuhr sich ein zwanzigjähriger Wächter aus Wiesbaden im Rhein zu ertränken. Die Lebensmüde wurde noch rechtzeitig aus dem Wasser gezogen und im Diakonissenheim untergebracht. Auf einem Bettel, den sie bei sich im Strumpf versteckt hatte und auf dem ihr Name stand, bezichtigte sie ihre Schwester der Schuld an ihrem unglücklichen Schritte.

Aus den umliegenden Kreisen.

Langenhain, 5. April. (Wildschaden.) Angefaßt der allseitigen Bemühungen, unsere Volksernährung sicherzustellen und namentlich unseren Viehstand auf der erforderlichen Höhe zu erhalten, ist es notwendig, einmal auf einen Umstand hinzuweisen, der mit diesen Bestrebungen im unlöslichen Widerspruch steht. Unsere ganze Feldmarkung ist ringsum vom Walde umgeben und sie wird daher vom Wilde mit Vorliebe aufgesucht. Da wir nun unsere Jagd auf eine längere Reihe von Jahren verpachtet haben und ein nennenswerter Abschluß nicht erfolgt, so kann man jetzt morgens und abends auf unseren Saat- und Kleefeldern ganze Herden von Rehen sehen, die hier äßen. Wir meinen, ein solcher Wildstand sei der heutigen Zeit nicht angepaßt und es müßte von Seiten der hohen Obrigkeit hier eingegriffen werden, um das Allwiel durch Anordnung eines entsprechenden Abschusses auf das richtige Maß zurückzuführen. Ein Wildschaden-erfolg kommt hier nicht in Frage, da die Gemeinde die Jagd leider „ohne Wildschaden“ verpachtet hat.

Griesheim a. M., 6. April. (Generaldirektor Dr. Gidemeyer) wird in Kürze aus dem Dienst der Chemischen Fabrik Wetzlar ausscheiden.

Reins, 6. April. (In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten) wurde eine zweite Feuerungszulage an städtische Arbeiter, Bedienstete, Beamte, Schulverwalter und an die Familien der Kriegsteilnehmer, die bei der Stadt in Diensten gestanden, einstimmig beschlossen. Die Bediensteten erhalten monatlich im ganzen 6 Mark, die Verheirateten 12 Mark und für jedes Kind 250 Mark Zulage. Die Zahlung erfolgt mit Rückwirkung vom 1. Februar 1916. Ferner wurde beschlossen, die Angehörigen von Kriegsteilnehmern mit ärztlicher Hilfe zu versorgen. Es wurde mit dem ärztlichen Kreisverein ein Vertrag abgeschlossen, wonach an die Ärzte für deren Hilfe vierteljährlich 10 000 Mark gezahlt werden.

Dillenburg, 6. März. (Lebensmüde.) Vorgestern morgen 8½ Uhr fand man in der Dill die Leiche der 77 Jahre alten Frau Johanna Spengler. Die Frau, die mit ihrem Mann im städtischen Altersheim untergebracht war, ist anscheinend freiwillig in den Tod gegangen. Der Grund zu der Tat dürfte in einem Nervenzusammenbruch zu suchen sein.

Limburg, 6. April. (Kreistag.) Die im abgelaufenen Winter vollzogenen Wahlen zum Kreistag wurden als gültig erklärt mit Ausnahme derjenigen für den Wahlbezirk Staffel-Gilz-Niederhadamar-Ralmersbach, die wegen Verfalls gegen Formvorschriften des Wahlverfahrens für ungültig erklärt wurde. Der Kreistagsabgeordnete Rung aus Offheim regte die schleunige Herausgabe von Meie und der Veräußerung der Wälsche an. Ein Vorlage des Kreisaußschusses, auch für die Bezahlung und Verrechnung von vernünftigen einzelnen Teilen fruchtbarer Tiere 15 Mark Gebühren zu erheben, wenn diese Tiere nicht vom Eigentümer angeliefert würden, wurde angenommen. Im Etat betragen die Gesamtausgaben 211 190 Mark. Die Einnahmen werden mit den Ausgaben dadurch in Übereinstimmung gebracht, daß 22 000 Mark bei der Kreisparasse geliehen und in die Einnahmen gesetzt worden sind. Im Rahmen des Etats wurde seitens des Kreisaußschusses die Neuerrichtung einer Heilanstalt für eine Säuglingsfürsorge in Limburg beantragt und durch Bürgermeister Paetens aus Limburg beauftragt. Die Sterblichkeit der Säuglinge und Kinder bis zum fünften Lebensjahre habe in den Jahren 1914 und 1915 im ganzen Kreis Limburg 17 Prozent der Geburten dieser Jahre betragen, in der Stadt Limburg 19, in einzelnen Orten 20 bis 30 Prozent, während die Säuglingssterblichkeit in ganz Preußen nur 15 Prozent betrage. Die Kreisaußschüsse für die Wälsche der Säuglinge beraten und dadurch der Sterblichkeit entgegenarbeiten. Die neue Stelle ist mit 3000 Mark Jahresausgabe schon im vorliegenden Etat enthalten. Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorlage gegen 9 Stimmen. Ferner wurde im Rahmen des Etats die Kreisbauernvereine veranlaßt. Für die bisher steuerfreien Wälsche und Hunde in Gewerbebetrieben wird eine Steuer von 6 Mark neu eingeführt. Um die Erhebung der direkten Kreissteuern vorläufig zu vermeiden, ermächtigt der Kreistag den Kreisaußschuß, zur Verringerung der infolge des Krieges dem Kreise entstehenden außerordentlichen Ausgaben beziehungsweise der entstehenden Einnahmeausfällen ein Darlehen bis zu 50 000 Mark aufzunehmen. Hieron müßten 22 000 Mark, wie schon gesagt, für die diesjährigen Ausgaben bereits in den vorliegenden Etat eingelegt werden.

Schöneberg, 6. April. (Wahdelur.) In die Kinderheilstätte Bad-Orb können wieder einige Kinder minderbemittelter Eltern auf Kosten des Kreises zur Wadelur zugelassen werden. Anträge müssen bis 10. April d. J. im Rathaus, Zimmer 2, gestellt werden. — (Einsperren der Tauben.) Die Besitzer von Tauben sind verpflichtet, dieselben während der Zeit der Ausfaat im Frühjahr und Herbst eingesperrt zu halten. Für die Frühjahrsfaat ist der Monat April festgesetzt.

Donau, 7. April. (Neue Vorschriften für die Ausgabe von Butter- und Fettmarken.) Butter- und Fettmarken erhalten nur Haushaltungsvorstände, oder nicht Gewerbegehilfen, Dienstboten, Pensionäre usw. Kleinstehende Personen, die ihre Kost ganz oder teilweise in einer Gast- oder Speisewirtschaft nehmen, gelten als Haushaltungsvorstand und bekommen Butter- und Fettmarken. Die Ausgabe der Butter- und Fettmarken erfolgt für einen Zeitraum von 14 Tagen. Die auf die einzelne Marke entfallende Menge von Butter bzw. Fett wird vor Beginn der 14tägigen Periode durch Ausgabung in den Mäusen, in denen Butter bzw. Fett verkauft wird, bekannt gegeben. Jeder Bezugsberechtigte erhält soviel Butter- und Fettmarken, als ihm nach der Anzahl der aus dem Brotkasten sich ergebenden Personen zuzurechnen. Für jede Person wird eine Butter- und eine Fettmarke ausgegeben. Schank- und Speisewirtschaften erhalten entsprechend der nachgewiesenen Zahl ihrer Mittagsgäste auf Antrag für jede Person eine halbe Fettmarke für die 14tägige Markenperiode, wobei angebrochene Marken voll gerechnet werden. Wer Butter bzw. Fett zum Verbrauch im eigenen Haushalt oder Gewerbebetriebe von auswärtig bezieht, hat das jede Woche am Montag auf vorgeschriebenen Formularen anzumelden und die entsprechenden Butter- und Fettmarken abzuliefern. Die Butter- und Fettmarken dürfen nicht verkauft, vertauscht oder an Zahlungsstatt gegeben werden. Die nicht verausgabten Marken sind an den Markenvertreter zurückzugeben.

Donau, 7. April. (Erhalten die Gräber.) Auf dem Friedhof werden nach den Feststellungen der Friedhofskommission viele Gräber zerstört. Die Kommission ersucht alle diejenigen, denen an der Erhaltung der Gräber ihrer Angehörigen liegt,

darauf zu sehen, daß die Gräber stets in Ordnung gehalten werden. Andernfalls würden die Gräber beseitigt. — (Verhaftet) wurde ein aus Lugern gebürtiger Kaufmann, der bei einer hiesigen Goldwarenfirma eine Auswahlsendung in Werte von mehreren tausend Mark zu erschwindeln versuchte. — (Mit der Eingehung der Fernspreckgebühren) wird in den nächsten Tagen begonnen. Die fälligen Beträge sind bereit zu halten. — (Ein kleines Schandfeuer) brach gestern morgen in einer Mensardwohnung in der Aurfürstenstraße aus. Der Brand wurde von Hausbewohnern schnell gelöscht. Die Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

Offenbach, 7. April. (Die gestrige öffentliche Stadtverordneten-Versammlung) bewilligte weitere 500 000 Mark für Zwecke der Kriegsfürsorge und beschloß die Aufnahme eines gleichhohen Darlehens bei der Hauptstaatskasse. Bis zum 31. März d. J. hatte die Kriegsfürsorge in der Stadt 4 580 203,29 Mark in Anspruch genommen. Demgegenüber steht eine Einnahme von 1 888 886,48 Mark, außerdem steht noch die Reichsbeihilfe in Höhe von 231 788 Mark aus, so daß die Stadt allein bis 31. März über 2½ Millionen Mark aufgewandt hat. Eine längere Aussprache wurde über den Anschluß an eine Einkaufsgenossenschaft gepflogen. Der Oberbürgermeister beantragte den Anschluß an die Rhein-Mainische Lebensmittellieferung mit dem Sitz in Frankfurt a. M., während der Rechts- und Finanzaußschuß den Anschluß an die Einkaufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen beantragte. Beider Antrag wurde angenommen. Das hiesige Ministerium legte einen Antrag des hiesigen Landesverbandes der Hausbesitzervereine zur Verfügung vor, der Hausbesitzervereine mit obrigkeitlichem Charakter verlangt. Die Versammlung erklärte sich einstimmig dagegen. Die von privater Seite im Anschluß an die höhere Mädchenschule im vorigen Jahre errichtete Frauenschule will ein Antrag des Oberbürgermeisters ihres privaten Charakters entziehen, indem er beim Ministerium beantragt, den Unterricht an der Frauenschule in die Pflichtschuldenzahl der Lehrkräfte der höheren Mädchenschule einzuführen, soweit es zum Fortbestand der Frauenschule erforderlich erscheint. Der Antrag wurde mit 16 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Limburg, 5. April. (Strafkammer.) Aus der Unterbringungshaft vorgeführt wird der 35jährige Arbeiter, frühere Seiltänzer Jakob S. aus Lehe, um sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten. S. hat schon einen großen Teil seines Lebens hinter schwebelischen Gittern zugebracht. Erst Ende Januar wurde er aus dem Justizhause entlassen. Anfangs Februar begann er nun von Frankfurt aus wieder seine Raubzüge und zwar in der Gegend von Limburg, Hadamar und Niederreifen. Er brach nachts in Geschäfte und Wirtschaften ein und nahm, was er erwischen konnte. Das Urteil lautete auf 10 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust auf die Dauer von 10 Jahren; auch wurde auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Aus dem Obermerseburger Kreis, 3. April. (Schlachterverbot.) Nach einer Polizeiverordnung des Kreisaußschusses ist das Schlachten von Schweinen unter 90 Kilogramm Lebendgewicht verboten. Jetzt hat der Vorsteher des Kreisaußschusses angeordnet, daß entweder ein Wiegeblech dem Schlachterlaubnisbesitzer beilegt oder eine Bescheinigung des Bürgermeisteramtes, daß nach dem pflichtmäßigen Gewichte des letzteren das Gewicht richtig angegeben ist. Der Kreisaußschuß ist zu dieser Anordnung gekommen, weil er vermutet, daß in vielen Fällen das Gewicht höher angegeben worden ist, um die Schlachterlaubnis zu erhalten.

Aus Frankfurt a. M.

Brottscheine für Wirts.

Ueber die durch Magistratsverordnung vom 27. März d. J. neu eingeführten untergeteilten Brottscheine für Wirtschaften herrschen sowohl bei der Bevölkerung, wie auch bei den Wirten selbst manche Unklarheiten. Zur Markierung des Geschäftsganges teilt die städtische Brotverteilungsstelle folgendes mit:

1. Die untergeteilten Scheine haben nur in Gast- und Schankwirtschaften, Pensionen und ähnlichen Betrieben, dagegen nicht bei Wälschen Gültigkeit.
2. Gastwirtschaften, d. h. solche Betriebe, die gewerbmäßig Fremde beherbergen, erhalten für die bei ihnen übernehmenden Gäste eine Tageskarte mit 4 Scheinen zu je 50 Gramm Brot für den Kopf und Tag, die dem Gast auszuhandeln ist. Hier von hat der Gast für das in der Gastwirtschaft entnommene Brot die entsprechenden Scheine wieder abzugeben. Diese Scheine haben in allen hiesigen Wirtschaften Gültigkeit.
3. Die Schankwirtschaften haben für ihre Gäste bei der letzten Brottscheineverteilung durch die städtische Brotverteilungsstelle, Abteilung für Wirts, eine Anzahl Scheine mit untergeteilten Scheinen zu je 50 Gramm Brot erhalten. Bezieht ein Gast, der noch nicht im Besitz von Scheinen ist, bei ihnen Brot, so hat er einen hiesigen gültigen Brottschein gegen ein solches Heft bei ihnen umzu-tauschen; für das jeweils verabfolgte Brot muß der Gast ihnen aus dem nun ihm zur Verfügung stehenden kleinen Scheinen die entsprechende Anzahl abgeben. An diejenigen Gäste, die bereits im Besitz von untergeteilten Scheinen sind, hat der Wirt ebenfalls die verlangte Menge von Brot gegen Abgabe der entsprechenden kleinen Scheine abzugeben. Das gleiche gilt auch von kleinen Brottscheinen auswärtiger Gemeinden.
4. Die Gast- und Schankwirtschaften seien noch besonders auf das Umtauschverfahren aufmerksam gemacht. Die von den Gästen bei den Wirten gegen Auszahlung von 12 kleinen Scheinen eingetauschten Brottscheine dürfen von den Wirten in ihrem eigenen Interesse nicht zum Einkauf von Brot und Mehl verwandt werden, sondern sind lediglich dazu zu benutzen, wieder untergeteilte Scheine dafür einzutauschen! Verwendet ein Wirt diese Scheine widerrechtlich dazu, sich Brot oder Mehl zu verschaffen, so läuft er Gefahr, überhaupt keine untergeteilte Scheine mehr zu bekommen, da diese letzteren nur gegen Rücklieferung ganzer gültiger Brottscheine ausgetauscht werden.

Die bei den Wirten eingegangenen kleinen Scheine — hiesige und auswärtige — bilden den Nachweis für das von ihnen an Gäste verabreichte Brot; sie können auf der städtischen Brotverteilungsstelle, Abteilung für Wirts, gegen gültige ganze Scheine umgetauscht werden. Für je 12 kleine hiesige Scheine wird ein ganzer Brottschein ausgetauscht — für auswärtige kleine Scheine wird das entsprechende Gewicht berechnet — beim Umtausch sind die den Wirten bereits ausgetauschten vorgedruckten Umtauschblätter zu verwenden.

5. Die Meldungen über das von Gast- und Schankwirtschaften verbrauchte Mehl sind bis zum Samstag den 8. d. Mts. an die städtische Brotverteilungsstelle, Ringstraße 1, II., einzureichen; für später eingehende Meldungen werden keine Mehltscheine verabfolgt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. April.

Präsident Dr. Rumpff eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 17 Min.

Die zweite Lesung des Etats

wird fortgesetzt: Etat für den Reichslangler und die Reichsangelei.

Abg. v. Bayer (Fortschr. Volksp.):

Auf die U-Boot-Frage werde ich nicht eingehen, nachdem die Kommission eine Einigung erzielt hat, die uns befriedigt und die wir für wertvoll halten. Die Rede des Reichslanglers wird im Auslande Aufsehen erregen. Im Innern hat sie Befriedigung erweckt, auch bei denen, die nicht mit allen Einzelheiten einverstanden sind. Sie wird ein lebhaftes Echo erwecken, namentlich außerhalb Berlins, wo man nicht alles weiß und in Ungewissheit lebt. Keine Macht der Erde ist im Stande, uns das wieder zu entreißen, was wir bereits besitzen. Im Osten werden Veränderungen notwendig sein, Belgien wird bleiben, aber ein innerlich und äußerlich anderes Belgien, als es 1914 war. Der status quo ante kann sich nicht wiederholen. Der Regierung kann man Besonnenheit und Energie nicht absprechen. Mander Vorwurf wäre ihr erspart geblieben, wenn uns die Friedensziele früher mitgeteilt worden wären. Gewiß kann der Stärkere,

der Sieger eher die Hand zum Frieden bieten, als der Unterlegene. Aber so lange nicht Geneigtheit und Bereitwilligkeit für vernünftige Friedensverhandlungen bei den Gegnern vorhanden ist, bleibt uns nichts übrig, als durch die Tat militärischer Handlungen zu wirken. (Bravo!) Die europäischen Neutralen sind in keiner beneidenswerten Lage. Holland sieht sich gezwungen, die Rüste militärisch zu befestigen, nicht gegen uns, sondern gegen England und seine Bundesgenossen. Wir fühlen uns stammesverwandt zu Holland. Man will ihm die Kehle zuschnüren, damit Deutschland der Atem ausgeht. Auch mit den Vereinigten Staaten verknüpfen uns Bande des Mutes. Die Behauptung, daß wir kriegerische Absichten gegen Amerika haben, ist nicht wahr. (Sehr richtig!) Wir wollen Frieden halten mit dem Volke, das jetzt der Menschheit den wertvollsten Dienst erweisen kann. Unser Bündnis mit Österreich-Ungarn und den Balkanstaaten muß wirtschaftlich, politisch und militärisch dauernd sein. Der Reichslangler hat auch gesprochen von dem

wirtschaftlichen Vernichtungskrieg.

Der uns nach dem Friedensschluß noch zu Besiegten machen soll. Jetzt sind die Feinde schon wesentlich bescheidener geworden. Gegen die gefeggeberischen Maßnahmen der Gegner werden wir uns schützen können. Der Handel läßt sich nicht durch Konkontrollen befestigen. Die beste und preiswerteste Ware wird doch abgeholt und unsere Feinde werden froh sein, wenn wir ihnen die Ware wieder liefern werden, die sie nötiger brauchen als das tägliche Brot. (Sehr richtig!) Die Gegner betrachten den Krieg als ein Geschäft, das man versucht hat. Auf wie viel höherer Ebene stehen da das Deutsche Reich und seine Bundesgenossen! (Sehr richtig!) Der Feind ist schwer verdaulich und wir hoffen, daß er bald entbehrlich wird. Wenn die

Friedensziele zur öffentlichen Diskussion freigegeben

sind, so hat die öffentliche Meinung vorläufig ein weites Feld der Betätigung. Was die Volksernährung anlangt, so hat man die Herausforderung der Höchstpreise nicht verstanden, sie wurde als Prämie für den Eigenruhm und als Strafe für die Verbolen angesehen. Offenlich bleibt uns ein abermaliger Kriegswinter mit beratigen Erfahrungen erspart. Die Forderung der Redaktionsfähigkeit der Berufsvereine muß eingelöst werden, sonst verliert die Regierung das Vertrauen. (Sehr gut!) Derartige Zugestanden dürfen nicht bloß Redebäumen sein, sonst greift die Ansicht, daß es noch sehr weit schlimmer wird, und die Regierung begeht einen schweren Fehler. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Stresemann (natlib.):

Unserem Heer und unserer Flotte, aber auch besonders den tapferen Deutschen in Ostafrika gilt unser Gruß. Auch was hinter der Front geschieht, ist nicht hoch genug zu veranschlagen. Das Interesse der Neutralen ist von Deutschland minutös gewahrt worden. (Sehr richtig!) Was uns zu dem U-Boot-Antrag veranlaßt, ist in dem Beschluß der Kommission niedergelegt. Wenn die Geschichte dieses Krieges geschrieben werden wird, so wird auch das, was auf wirtschaftlichem Gebiet geschehen ist, als Großtat angesprochen werden. Nach dem Kriege wird Europa ein

aus tausend Wunden blutender, zerknirschter Körper

sein. Im deutschen Volke herrscht daher tiefe Erregung über die Auffassung amerikanischer Neutralität. Die Friedenssehnsucht ist erloschen. So ethisch sie auch ist, man muß mit den Tatsachen rechnen. Ein Volk, das kulturell am meisten für die Menschheit getan hat, als Sonnen und Barbaren hingustellen, bedeutet, daß die Bräute der Verständigung immer schwerer gefunden wird. Sie sollten uns deshalb nicht aufdrängen, sondern suchen lassen. Wir haben die englische Expansion ruhig mit angesehen, wir haben gesehen, wie Frankreich Marokko und Italien Tripolis nahmen, und wir haben Frieden gehalten. Immer wieder konnte sich Deutschland auf die Friedensliebe des Kaisers verlassen, und der Dank? Eine Welt von Feinden, von Haß und Leidenschaft! Weil wir etwas gelernt haben, sehen wir die Sicherung eines dauernden Friedens nur in einem starken, unangreifbaren Deutschland, in einer

Sicherung nach Ost und West.

Die Ostprovinzen sind ein altes Land deutscher Kultur. Wenn Belgien nicht wieder ein Glacis der Feinde werden soll, so muß dort auch die militärische, politische und wirtschaftliche Oberleitung Deutschlands sichergestellt werden. Die Freiheit der Meere, die wir zum Atmen brauchen, kann nur sichergestellt werden durch deutsche Seegeltung. Diese Ziele haben nichts zu tun mit Vergewaltigung anderer Völker. Die Behandlung Griechenlands war schamlos. Die Liquidation deutscher Unternehmungen in England läßt den Deutschen nichts übrig. Der portugiesische Schiffsraub fällt auch auf die Engländer zurück. Der Krieg geht eben gegen das Deutschum. Das Recht der Deutschen im Auslande ist nichtig, während der Ausländer genau wußte, daß auch seine Rechte in Deutschland durchgesetzt werden. Dank gebührt den Auslandsdeutschen, daß sie trotz zum Deutschen Reich gehalten haben. (Bravo!)

Die Erhaltung deutscher Kolonien

ist nicht nur vom Standpunkt des Prestiges, sondern auch vom Standpunkte der wirtschaftlichen Interessen für uns eine Notwendigkeit. Wir müssen fordern die Wiederherstellung der Grundlagen für einen freien Wirtschaftsmarkt, den Schutz der deutschen Forderungen im Auslande, und dazu gehört die wichtige Frage der Regelung der Ubergangszeit vom Kriege zum Frieden und der Rohstoffversorgung. Die Zukunft liegt im Osten. Wir geben den Kampf um den Weltmarkt nicht auf. Mit dem ersten Schiff, das aus Bremerhaven oder Cuxhaven fährt, beginnt dieser Kampf um den Weltmarkt von neuem. Mit unseren Bundesgenossen müssen wir ein Mitteleuropa schaffen, das wirtschaftlich und politisch von größter Bedeutung ist. Bei uns haben Arbeiter wie Werkmeister sich von niemand an Patrialismus überlassen lassen. Deshalb muß die Redaktionsfähigkeit der Berufsvereine baldigst kommen. Das Wahlrecht der Bundesstaaten muß freier werden. Wir erstreben ein größeres Deutschland, aber auch ein freieres Deutschland. Freiheit nach außen, Freiheit nach innen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf v. Helldorf (kons.):

Unser einziges Ziel ist die Durchführung des Krieges und die Erringung des Friedens. Vor diesem Ziel muß alles zurücktreten, was die Einigkeit stören könnte. (Anruhe.) Das preussische Wahlrecht ist nicht Sache des Reichstages. (Widerspruch. Sehr richtig!)

Auch die Landwirtschaft, der Pferde- und Arbeitskräfte genommen sind, leidet schwer unter der Gegenwart. Ungerechte und verbitterte Vorwürfe sollte man ihr nicht machen. Aber die Bevölkerung will lieber schwer leiden, als einen schlechten Frieden ertragen. Wie die Landwirtschaft, so hat sich auch die Industrie, Technik und die Arbeiterschaft große Verdienste erworben. Die Organisation muß immer weiter ausgebaut werden, dabei müssen wir uns immer auf das Einigende besinnen. Wie geringfügig sind aber all die Opfer gegen die Taten unserer Truppen draußen. Der Friedenswunsch im Auslande ist nur sehr vereinzelt. Aus den Reden der Minister, den Parlamentsbeschlüssen und auch den sozialdemokratischen Organisationen und der Pariser Konferenz klingt immer wieder der Vernichtungswille gegen Deutschland hervor,

der Wille, uns auf die Knie zu zwingen.

So müssen wir die Hände zusammenheften und den Kampf fortsetzen. (Sehr richtig!) Wir sehen, daß England das Herz und das Hirn der Koalition ist. Deshalb müssen wir England zwingen, seinen Plan, uns auszulagern, aufzugeben. Bei unserem See- und Unterseekrieg sind wir immer wieder auf Hindernisse gestoßen. Jetzt steht das Urteil über die amerikanische Neutralität, die es zuließe, die Feinde mit Geld und Munition zu unterstützen. Ebenso steht aber der Wille gegen unerschütterliche An- und Einsprüche Amerikas. Die berechtigten Interessen der Neutralen werden wir stets wahren. Wir lassen uns aber nicht abbringen von der Anwendung unserer Abwehrmittel gegen den Hungerungsplan. Mit der Zustimmung zu der Kommissionsberichterstattung haben wir unsere Grundsätze nicht aufgegeben. (Hört! Hört! links.) Wir stimmen dem Reichslangler zu, daß wir vom Osten her nicht wieder umgeschüttet überfallen werden dürfen. Wir fügen hinzu, daß daselbst auch gegen Westen der Fall sein muß und auch für unsere Heeres-Verluste. In Belgien dürfen wir nicht nur reale Garantien dafür bekommen, daß es nicht wieder ein Bollwerk der Feinde werde. Wir müssen den positiven Erfolg erzielen, daß

Belgien fest in unserer Hand bleibt.

Belgien muß unser Vaterland fester gefügt und härter erstehen lassen. (Bravo!) Die polnische Frage muß gelöst werden. Wenn es gemeinsam mit Österreich geschieht, so haben wir das Vertrauen, daß sich die Waffendürbereitschaft auch für solche gemeinsame Arbeit von Nutzen zeigen wird. Alles verdanken wir den unerschütterlichen Heldentaten unserer Truppen, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg (Bravo!) und allen Helden. Danken wir ihnen durch ausgiebige Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Alles was hier geschieht, muß für unsere Truppen zu Wasser und zu Lande ein Gruß sein, daß das deutsche Volk einmütig hinter ihnen steht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Werner-Siechen (Deutsche Fraktion):

Wir schließen uns den Dankesworten für unsere Truppen an. Besonderer Dank gilt auch dem Großen Juppel. (Beifall.) Zeitungen, wie dem „Berliner Tageblatt“ ist das freie Wort gestattet, nicht aber den sonstigen deutschen Mätern und Männern. Auch den Deutsch-Rationalen muß das Recht der Ausdrucks gegeben werden. Es scheint sich zweierlei Recht herauszustellen. Auch in wirtschaftlicher Beziehung muß der Vorfrieden gewahrt werden. Die kleinen selbständigen Betriebe geschützt werden. Die deutsche Mode mit der sinnlosen Stoffverschwendung ist ein Hohn auf die Notlage des Volkes. (Sehr richtig!) Was angestrebt werden muß, ist die völlige Sicherung Deutschlands.

Abg. Haase (Soz. Arbeitsgemeinschaft):

Die Anträge der Konfessionen und Nationalisten in der U-Boot-Frage bedeuten eine Erweiterung der Rechte des Parlaments, denn danach sollte der Reichstag Direktiven für die Kriegsführung geben. In London, Paris und auch in der Duma ist dies Recht sehr energisch ausgeübt worden. Bei uns ringt es noch um seine Anerkennung. Man sagt, man wendet sich nur gegen

die politische Kriegsführung

und will dadurch dem Vortritt einengen, daß man in die Romanovogewalt eingreift. Beide Seiten der Kriegsführung sind aber bei uns untrennlich verbunden. Den Antragstellern ist gleichsam amtlich bescheinigt worden, sie hätten die Gefährlichkeit und vertrauensvolle Einheit des Volkes durchbrochen, die sie immer und heute lebhaft geprebt haben. In der Presse werden ihnen sogar vorgeworfen, daß ihr Verhalten an Landesverrat grenze. Also die Vaterlandsverräter sitzen nicht nur bei Nichtstun, sondern auch bei Heidebrand. (Sehr richtig!) Meinem Kollegen Bauer wurde wegen seiner Rede über die Lebensmittelförderung vom 18. August vorgeworfen, er habe Deutschland vor dem Auslande herabgesetzt. Ich habe mich deshalb über die unanständigen Angriffe der bürgerlichen Presse gegen mich wegen meiner neutralen Rede gar nicht gewundert. Nach unserer Anschauung muß in einem Parlament, das nicht ein blutleeres Schemen sein soll,

jede Heberzeugung ausgesprochen werden können.

(Sehr wahr! b. d. Soz. A.) Unsere innerpolitischen Zustände sind nicht erfreulich. Alle Parteien haben die Organisation der Lebensmittelförderung scharf angegriffen. Daß weite Kreise dachten, kann nicht bestritten werden, ihre Geduld ist auf eine harte Probe gestellt. Wenn die herrschende Gesellschaft sich nicht selbst angeben will, ist sie nicht in der Lage, diese Zustände zu beseitigen, wohl aber könnte die Regierung durch scharfes Zugreifen die Sache beseitigen. Der Krieg wird allgemein zur Steigerung der Profite ausgenutzt. Auch nie ist

der Tanz um das goldene Kalb

schamloser ausgeführt worden. Die Forderung ist dadurch ins Maßlose gestiegen. Die meisten Nahrungsmittel sind unerschwinglich geworden. Der Gegensatz zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft tritt deutlicher denn je hervor. Hier muß mildere und lindere gehandelt werden. In den unerschütterlichen Erscheinungen gebietet das unbedingte Schalten und Walten der Zensur. Wo ist das Versprechen geblieben, daß der Belagerungszustand nach Beendigung der Mobilmachung beseitigt werden, und daß die Zensur sich nur auf militärische Dinge beschränken sollte. (Als der Redner sich weiter über diese Fragen verbreiten will, macht ihn der Präsident darauf aufmerksam, daß im Haushaltsausschuß ausdrücklich betont worden sei, daß im Plenum über die Zensur und den Belagerungszustand nicht gesprochen werden möge, da beide Materien demnach im Auschuß verhandelt werden.) Wir ist davon nichts bekannt. In meiner Gegenwart ist ausdrücklich befohlen worden, daß bei dieser Gelegenheit die Fragen der inneren und der äußeren Politik erörtert werden sollen. Im übrigen genügt das, was ich angeführt habe. (Sehr wahr! b. d. Soz. A.)

Die Versammlungsbefugnisse müssen sich

Meiner Genossin Zich ist es unterstellt, Reden zu halten. Ein Generalkommando wendet sich an das andere, damit es ihr das Reden verbietet. (Hört! Hört!) Redner anderer Parteien dagegen wird in Gegenwart von Polizeibeamten große Redefreiheit gewährt. Es ist ja nun zu erwarten, daß die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele den heutigen Zuständen ein Ende macht. (Anruhe. Abwarten!) Noch heute besteht für eine große Zahl von Personen, und zwar nicht nur für Sozialdemokraten, die Briefsperr. (Hört! Hört! b. d. Soz. A.) Gefasste Briefe werden geöffnet, wieder geschlossen und dann erst an den Adressaten ausgeliefert. Wir fehlt der parlamentarische Ausdruck zur Kennzeichnung dieses Verhaltens. Wo eine winzige

Erweiterung der Rechte des Volkes

feierlich zugeklagt ist, da müssen wir warten. Die Arbeiter werden immer mehr von dem bitteren Gefühl erfüllt, daß für sie das Wort gilt: Der Wille hat keine Arbeit getan, der Wille kann geben. (Sehr wahr!) Der Postus der letzten preussischen Thronrede über das Wahlrecht steht mit seinen nichtselbständigen Redensarten weit zurück hinter der Erklärung in der Thronrede von 1908. Es wird da nach der Parole gearbeitet, den Volk zu waschen, ohne ihn noch zu machen. Die Worte Friedrich Wilhelm III. vor hundert Jahren klingen viel deutlicher, und wie grausam ist damals das Volk enttäuscht worden. (Sehr richtig! b. d. Soz. A.) Aber die Rassen

aus den Schützengräben, die dort mit höchstem Opfermut täglich einem schrecklichen Tode ins Auge sehen, werden nach ihrer Heimkehr mit dem gleichen Opfermut für ein freies Wahlrecht kämpfen (Sehr richtig! b. d. Soz. A.)

Der Reichslangler hat gestern wenigstens einen Gipfel von seinen Kriegszielen gelistet, er ist noch nie so deutlich geworden. Mit Nachdruck werden wir uns

gegen eine neue Teilung Polens

(Lebhafter Beifall rechts! b. d. Soz. A.) Wenn es sich aber darum handelt, Polens Volk selbständig zu machen, so muß es selbständig über seine Staatsform entscheiden können. (Sehr wahr! b. d. Soz. A.) Und was soll denn mit den Polen, Litauern und Letten geschehen? Die kraftvolle sozialdemokratische lettische und litauische Partei hat sich freiz gegen eine Verleihung von Rußland ausgesprochen, das Volk will eine freie Verwaltung und hat dafür heldenmütige Opfer gebracht. Jetzt wollen Sie diese Volksherrschaft von Rußland befreien, aber als sie ihrerseits den Befreiungskampf führen, da werden sie als Schnorrer und Verschwörer von unseren Grenzen gemieden. (Sehr wahr! b. d. Soz. A.) Die politische Klugheit gebietet uns nach wie vor.

gegen Annexionen aufzutreten.

Was Marx und Engels, Bebel und Liebknecht 1870 vorausgesehen haben, ist schmerzliche Wahrheit geworden. Wollen Sie etwa durch eine ähnliche kurzfristige Politik, wie sie 1870 getrieben wurde, Rußland in die Arme Englands treiben? (Zuruf rechts: Ist es schon! Weiter!) Auch gegen die Ausführungen des Reichslanglers über Belgien müssen wir uns mit Schärfe wenden. Belgien soll kein englischer oder französischer, aber auch kein deutscher Vasallenstaat werden. Es soll nicht wirtschaftlich und militärisch zu einem Bollwerk gegen Deutschland, aber auch nicht zu einem Bollwerk gegen Frankreich und England ausgebaut werden. Wir fordern die

staatliche Wiederherstellung Belgiens

und seine politische und ökonomische Selbständigkeit. Nur wenn Deutschland entschlossen ist, das Belgien zugefügte Unrecht wieder gutzumachen, werden wir in absehbarer Zeit zum Frieden kommen können. (Anruhe rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand noch nicht klar darüber sein sollte, was der Reichslangler gestern meinte, als er über Belgien sprach, so ist diese Klarheit durch die Reden der bürgerlichen Parteien gegeben worden. Abgeordneter Spahn hat sofort die Forderung gezogen, daß Belgien politisch, wirtschaftlich und militärisch in unsere Hand kommen müsse. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Diese Forderung der Annexion wäre für ein freies Volk, das einen selbständigen Staat gebildet hat, noch viel schlimmer als die Wegnahme eines kleinen Streifens Land. (Sehr richtig! bei der Soz. A.) Die Souveränität würde dadurch beseitigt. (Widerspruch rechts.) Weiz der Reichslangler nicht, daß in der Kriegsliteratur immer wieder die Forderung erhoben wird, neue Länder für unsere überflüssige Bevölkerung zu gewinnen? (Sehr richtig! rechts, im Zentrum und bei den National-liberalen.) Die Rede des Reichslanglers hat uns

dem Frieden nicht näher gebracht,

sondern uns von ihm entfernt. Wer ein menschliches Gefühl in der Brust hat, wünscht aus diesem grauenhaften Gemetzel endlich herauszukommen. Politische Friedenswünsche bringen uns dem Ziele nicht einen Schritt näher; es kommt auf den Willen zur Tat an. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) Wenn die Machthaber diesen Willen nicht haben, dann werden die Völker selbst ihre Geschichte in die Hand nehmen müssen, um dem grauenhaften Kriege ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr! bei der Soz. A. Anruhe rechts.)

Su dem U-Boot-Antrag des Auschusses

nehmen wir eine grundsätzlich andere Stellung ein, als Sie. Wir sind Gegner des Krieges; wir wollen eine Gesellschaftsordnung, bei der eine solche blutige Auseinandersetzung zwischen den Völkern nicht möglich ist, sondern die Versöhnung Platz greift. (Zustimmung bei der Soz. A. Anruhe rechts.) Sie aber wollen den Krieg bis zur Vernichtung und Zerkleinerung der Gegner mit allen Mitteln fortführen; Sie sagen, das unbarmherzige Mittel sei das Bombenbergieß. Jedes Mittel ist den Händlern des Krieges recht, mag es noch so schlecht sein, wenn sie damit nur den Gegner besiegen zu können glauben. Von Ihrem Standpunkt aus können Sie den Krieg gar nicht human führen. Wir dagegen geben die Grundsätze des Völkerechts nicht preis; wir treten für sie ein und wollen, daß sie unter allen Umständen durchgeführt werden. Charakteristisch ist es, daß jeder Redner in den gemeinschaftlichen U-Boot-Antrag etwas anderes hineinbringt. Wir verlangen, daß auch hier die Grundsätze respektiert werden, die mühsam in Jahrhunderten auf dem Gebiet des Völkerechts errungen wurden, daß man Schiffe, auf denen sich Frauen und Kinder befinden, nicht rücksichtslos vernichtet. (Anruhe rechts und lebhafter Zustimmung bei der Soz. A.) Wir fordern, daß

unsere Regierung ein Friedensangebot macht

und alles tut, um die Verhandlung herbeizuführen. Allerdings wird sie dazu schwerlich in der Lage sein, weil auch sie den anderen die Friedensbedingungen diktieren will. Ebenso wie wir uns von anderen den Fuß nicht auf den Nacken setzen lassen wollen, ebenso wenig sollten wir verlangen, anderen die Friedensbedingungen aufzuzwingen zu wollen. Erst wenn das für uns ausgesprochen wird, ist die Grundlage für die Friedensverhandlungen geschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In allen Ländern bereinigen sich immer größere Teile des Volkes in dem Gedanken, sich die Hände zu reiben, um durch gemeinsame Arbeit den Frieden herbeizuführen. Wenn die Friedensbedingungen formuliert werden sollen, so muß darüber verhandelt werden, ob die

Mäßigkeitsfäden der Völker durch internationales Hebereinkommen gelindert

werden. Solange der Kapitalismus besteht, wird er immer von neuem die Gefahr des Krieges erzeugen. Aber gerade die Gefährungen dieses Krieges werden die Anhänger des Imperialismus zwar nicht zur Vernunft und zum Ideal der Humanität zurücktreiben, aber doch vielleicht die Kapitalisten zu der Erkenntnis bringen, daß ihre Interessen besser geschützt sind ohne Krieg. (Anruhe rechts und bei den National-liberalen.) Undurchführbar und unlogisch kann der Gedanke der Abrüstung doch nicht sein; denn die deutsche und die englische Regierung haben ja feierlich über ein Abkommen zur Einschränkung der Bewaffnungen verhandelt. Wenn die Weltöffentlichkeit erst gereinigt ist, dann ist es wohl möglich, daß ein solcher Versuch gelingt, und das wäre wohl ein Kriegsziel für die Völker Europas. Ein Stück Land kann unmöglich auch nur die Opfer eines einzigen Tages aufwiegen. Wenn Sie nicht die Zivilbevölkerung, sondern auch die Truppen fragen wollten, ob sie auf die Ausrichtungen, daß vielleicht im Osten ein Stück Land erobert werden kann, weiterkämpfen, oder ob sie nicht die Waffen senken wollen, um den friedlichen Wettbewerb der Völker wieder aufzunehmen, dann weiß ich, daß 90 Prozent dafür sein würden.

Schlus zu machen mit dem Kriege.

(Lebhafter Zustimmung bei der Soz. Arbeitsgem. Anruhe rechts.) Wenn nicht alles trägt, werden die Worte des kommunistischen Manifestes aufs neue aufleben: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Vereinigt euch zu dem höheren Ziele, den blutigen Krieg durch den langersehnten Frieden zu beenden! (Lebhafter Beifall und Händelschlagen bei der Soz. A. Der Präsident bezeichnet das Händelschlagen als nicht üblich.)

Staatssekretär v. Jagow:

Als der Reichslangler 1914 die vom Abg. Haase ausgeführten Worte sprach, wußten wir nicht, daß Belgien innerlich längst nicht mehr neutral war. (Sehr richtig!) Die Schuld lag auf Belgiens Seite. Wie solche Behauptungen, wie die des Abgeordneten Haase im Auslande aufgeföhrt werden, geht aus einer Äußerung des „Oeuvre“ hervor; sie besagt, daß, wenn ein französischer Sozialist eine solche Äußerung gemacht hätte, wie Haase, so würde er ge-schickt werden. (Lebhafter Beifall und Weiterkeit.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

An den Anfang meiner Ausführungen will ich einen Satz aus der gestrigen Rede des Reichslanglers stellen: „Für Deutschland

nicht für ein fremdes Land, bluten und sterben Deutschlands Söhne. (Lebhafte Zustimmung.) Das war die Unterzeichnung des Saates, den er am Anfang des Krieges gesprochen:

„Und treibt nicht Eroberungssucht.“

Und es ist auch die Unterzeichnung des Saates, den er gestern gesprochen: „Nicht Vandalismus ist es, die uns treibt.“ Das war eine für mich klare Abgabe an allerhand Phantasien. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man deutet an der gestrigen Rede des Reichstagslers herum, Herr Stresemann und Graf Westarp haben anderes herausgehört. Wollte der Reichstagsler sich zu den Zielen des Grafen Westarp bekennen, ich glaube, er möchte dann mit den Herren Spahn und Westarp den Krieg allein fortsetzen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte auch gewünscht, daß der Reichstagsler sich so klar ausgedrückt hätte, daß jede Rikshaltung unmöglich wäre. Aber man muß seinen Ausdrucksformen Gewalt antun, wenn man Eroberungs- und Vergewaltigungssucht herauslockt. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es gelingt, die vom Paris- und Genèver-Vertrag her, wie sie es immer gewünscht haben, die ganze Kulturmenschenwelt würde sich freuen. (Lebhafte Zustimmung.) Freilich wird es eine harte Kacke, mit den Völkern anzufangen, was allen ihren Kackern gefällig. (Heiterkeit.) Wenn es gelingt, den Völkern im Friedensvertrag die Möglichkeit eigener Kultur auf Grund ihrer eigenen Sprache zu sichern, ist das eine Vergewaltigung? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstagsler sagte: Den Status quo ante kennt die Geschichte nicht. Man muß

ein politischer Rindkopf sein,

wenn man sich einredet, daß ein ganzer Weltteil in Flammen steht, daß Millionen vernichtet werden und bluten, ohne daß ein einziger Grenzstein versetzt wird, den irgend ein vermoderter Diplomat einmal gesetzt hat. (Stürmischer Beifall.) Wenn ich schon nicht Bewunderung habe für die lebenden Diplomaten, so soll keiner von mir verlangen, daß ich in Ehrfurcht ersterbe von den Diplomaten der heiligen Allianz. (Heiterkeit und sehr gut!) Unsere Aufgabe ist es, darauf zu dringen, daß der Krieg sobald als möglich beendet wird. Wenn er auch nur einen Tag länger geführt würde, als er nach dem Verhalten unserer Feinde geführt werden muß, wenn er etwa kapitalistischer Interessen wegen weitergeführt würde, so würden wir uns alle dem widersetzen. Aber wir wissen, daß die Regierung grundsätzlich zu Friedensverhandlungen bereit ist, daß die Staatsmänner der feindlichen Staaten aber nichts davon wissen wollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Für die Resolution der U-Boot-Frage stimmen wir aus guten Gründen. Daß das U-Boot sich im Kampf gegen die englische auf die Auslieferung Deutschlands gerichtete Kriegführung nicht erweisen hat und weiter benutzt werden soll, halte ich für ganz selbstverständlich. Wir bewilligen die Gelder doch nicht für Dinge, die nicht benutzt werden sollen. Unser Parteifreund, der französische Munitionsminister Thomas, wäre recht verwundert, wenn man ihm kumulierte, Waffen zu beschaffen aber auch dafür zu sorgen, daß sie nicht benutzt werden. (Heiterkeit.) Nein,

wir müssen uns wehren mit den U-Booten,

damit unsere Frauen und Kinder nicht dem Hungertod überliefert werden. (Lebhafte Bravo!) Weiter sagt die Resolution, es solle ein die Zukunft Deutschlands sichernde Friede errungen werden. Dagegen kann doch wohl niemand etwas einwenden. Vor allem aber steht in der Resolution, daß die berechtigten Interessen der neutralen Staaten gewahrt werden müssen, und das machte uns die Zustimmung möglich. Ebenso selbstverständlich müssen wir die Resolution verurteilen, wenn sie verlangt auch die Schonung feindlicher Schiffe. Auch ihre Formulierung des Wunsches nach Friedensverhandlungen ist für uns nicht annehmbar, da bekannt ist, daß die feindlichen Staatsmänner sie schroff zurückweisen. Und ferner verurteilen wir in dem Antrag die Forderung nach der Unverschränktheit des Reiches, seiner politischen Selbstständigkeit und seiner wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit. (Lebhafte Zustimmung.)

Für die Tendenz mancher Vorschläge in bezug auf die Kriegsgesetze haben wir große Sympathie, nämlich für die Vorschläge, die darauf hinauslaufen, bisher bestrittene Parlamentsrechte wahrzunehmen und zu erweitern. Manche Vorschläge wollen sogar

der Selbstvertretung ein Mitspracherecht

über die Art der Kriegführung einräumen. Auch der Luftkrieg und U-Bootkrieg gehört zur einheitlichen Kriegführung, und da Streit über die Art dieser Kriegführung ausgebrochen ist, soll der Reichstag entscheiden. Als wir die Forderung der Kriegsbefehlshaber verlangten, was man dies als Eingriff in die Kommandogewalt zurück. Aber hier soll bei einer Spezialforderung der Kriegführung der Reichstag entscheiden. Da können wir dahin, daß vielleicht der unfriedliche geistige Herr Rumlin den Ausschlag geben für die Aufstellung der schweren Kavallerie und Kanonen. (Große Heiterkeit.) In diesen Fragen haben wir zu unseren Militärs doch mehr Vertrauen. Aber bei dem Kampf um die Erweiterung der Volksrechte soll Herr v. Heidebrand und jederzeit an seiner Seite stehen, und als erstes Ziel unseres gemeinschaftlichen Vorstoßes schlage ich das preussische Abgeordnetenhaus vor. Dort will man die Torpedos richten, um Breche zu legen und dann hineinzulaufen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das preussische Abgeordnetenhaus will jetzt auch über die auswärtige Politik in Deutschland mitbestimmen. Da sollten wir den Spiel umdrehen und von reichsweiten in

das Wahlrecht in Preußen und Redenburg

dreintreten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein trautes und beschämendes Kapitel ist die Novelle zum Reichsvereinsgesetz. Nach dem in Seniorenschicht gemachten Mitteilungen ist gar nicht abzusehen, wann sie kommt. (Stürmischer Beifall! bei den Sozialdemokraten.) Die preussische Regierung verlangt (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Rufe: Immer wieder Preußen! daß die Novelle sich nur auf die unter § 152 der W.-O. fallenden Arbeiterkategorien erstreckt, und namentlich nicht auf die Landarbeiter. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Gibt die Reichsregierung hier nach, so steht sie sich mit ihren wiederholten Erklärungen in den schärfsten Widerspruch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welcher Arbeiter soll dann etwa noch Vertrauen zu den Erklärungen der Regierung haben? Der Verlauf der Dinge beim Vereinsgesetz erweist geradezu den Anschein, als ob die Arbeiter drückert werden sollten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung möge das preussische Treiben nicht leicht nehmen, es kann leicht zu gefährlichen Explosionen führen. Es gibt ein Maß und eine Grenze in allen Dingen, und diese Grenze überschreitet die Regierung, wenn sie nicht zu ihrer Aufgabe steht. Das deutsche Volk opfert nicht Hunderttausende seiner Söhne für ein vormärzliches Preußen. Es wird jetzt für des Reiches Unabhängigkeit nach außen gekämpft, aber auch um die Freiheit und Unabhängigkeit im Innern. (Lebhafte Beifall links.)

Entschieden muß auch Einspruch erhoben werden gegen die Art, wie gewisse militärische Befehlshaber ihre Stellung auffassen. Da muß der Reichstagsler nach dem Rechten sehen. Was von der Stimmung des Volkes abhängt, haben wir im Krieg deutlich genug erfahren. Deutschlands Sicherheit wird nicht allein auf den Schlachtfeldern entschieden, wenn nicht auch die Dabeingeblichenen, vor allem

die Frauen tapfer aushalten.

Insamst Dan! sind wir nicht nur den Truppen, sondern auch unseren tapferen Frauen schuldig. Die Hoffnung unserer Feinde auf unseren wirtschaftlichen Zusammenbruch kommt nur in Erfüllung, wenn die Regierung nach allen bisberigen Erfahrungen auch jetzt noch nicht mit entschlossenster Energie vorgeht. Die Entente will

Deutschland zum Bettelvolk Europas machen.

Die deutschen Zigarbeiter haben darauf geantwortet, daß wenn sie zu wählen hätten, zwischen einer so verkommenen Existenz, wie sie der englische Handelsminister ihnen nach dem Kriege zugebott

hat, und der Existenz im Kriege, so würden sie sich für die Existenz im Kriege entscheiden. Das ist eine deutsche Antwort deutscher Hausbewohner organisierter Arbeiter. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir ringen wirklich um unsere Existenz und die Zukunft unserer Kinder. Die Abrechnung mit denen, die unseren Kriegesfamilien jetzt das Leben so schwer machen, wird nach dem Kriege gründlich und rücksichtslos vorgenommen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf Einzelheiten in der Frage der Zensur gehe ich heute nicht ein. Was ihre Uebergriffe an der Stimmung im Lande ausgesetzt werden kann, auch die stärkste Zentralbehörde nicht wieder gut machen. Deshalb ist die schleunige Beseitigung des Zensurzustandes notwendig. (Lebhafte Zustimmung d. d. Sozialdemokraten.)

Wenn kommt endlich der Friede,

den alle Völker erschauen. Auch in Frankreich nimmt die friedliche Stimmung im Volke zu, trotz der Zensur, die nirgends schlimmer gehandhabt wird als in dieser Bourgeois-Republik. Von den offiziellen Vertretern Frankreichs, leider auch von unseren Parteigenossen, hören wir immer wieder, Frankreich und Belgien müsse geräumt sein, ehe man in Verhandlungen mit uns eintreten kann. Das ist ein unmöglicher Standpunkt. Was nur Resultat von Verhandlungen sein kann, wird hier als Voraussetzung hingestellt. Auf unsere Situation übertragen müßten wir dann sagen: Erst alle Kolonien wieder heraus, alle Seewege frei für Deutschland, und dann Verhandlungen! (Sehr gut!) Auf diese Weise kann man den Krieg noch Jahrhunderte fortsetzen. Nein, man muß sobald als möglich die Verhandlungen beginnen, denn das ist sicher, der Anfang der Verhandlungen ist auch das Ende des Krieges. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es besteht ein

Daß gegen Frankreich nirgends in Deutschland.

Der Reichstagsler hat gestern nur mit einem Worte Frankreich erwähnt und das sprach er von dem aufopfernden Mute der französischen Soldaten. Das war ein schönes Wort, wir danken ihm dafür. Aber in Frankreich glaubt man noch immer, daß Deutschland die französische Kultur mit Feuer und Schwert vernichten wolle. Diesen Leuten würde das Handwerk gelegt, wenn in Frankreich bekannt wäre, was der ermordete

Jourdan zwei Tage vor seinem Tode

an Banderelbe nach Belgien schrieb: „In der Nacht der französischen Regierung läge es, Rußland am Kriege zu verhindern. (Hört! Hört!) Hier treiben alle schändlichen Kräfte zum Kriege, den man führen will zur Erfüllung eines französischen Ehrgeizes und weil die Börsen in London und Paris auf Petersburg schwärzen.“ (Lebhafte Hört! Hört!) Der Krieg ist nur möglich geworden durch die Geheimdiplomatie und weil die Völker kein Mitspracherecht haben. Er ist ein Wahnsinn, ein Verbrechen an der Menschheit. Ich will schließen mit den Worten: Wir kennen unsere Pflicht als Deutsche und als Sozialisten, wir werden unsere Pflicht erfüllen als Sozialisten und als Deutsche. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Den Abg. Ledebour (Soz. Arb.-Gen.) und Liebknecht (wild), die sich über die Wortentzifferung beschwerten, wird nach kurzen Bemerkungen das Wort zur Geschäftsordnung vom Präsidenten entzogen.

Der Titel 1: „Gehalt des Reichstagslers“ wird bewilligt. Die Resolution der Kommission in der U-Boot-Frage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen; die Resolution Kernstein zu derselben Frage wird mit derselben Mehrheit abgelehnt. Der Rest des Etats des Reichstagslers und des Auswärtigen Amtes wird debattiert erledigt.

Die Petitionen zur U-Boot-Frage beantragt die Kommission für erledigt zu erklären.

Abg. Ledebour (Soz. A.): Ich beantrage im Gegensatz zum Antrag der Kommission, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, spreche über diejenigen, die die rücksichtslose Führung des U-Bootkrieges verlangen. Dadurch würde der soeben gefasste Beschluß des Reichstages wieder gut gemacht werden; denn aus dem eben gefassten Beschluß müssen die Petenten entnehmen, daß im Grunde die Reichstagsmehrheit, der Reichstagsler und die Regierung ganz dasselbe erstreben wie sie. (Der Redner wird mehrfach vom Präsidenten darauf hingewiesen, daß die allgemeine Debatte über die U-Boot-Frage jetzt nicht wieder zugelassen werden kann.) Würde zu dem rücksichtslosen U-Bootkrieg übergegangen werden, wie es die Petenten wünschen, so würde das Ansehen des deutschen Volkes in der ganzen Welt auf das schwerste geschädigt werden.

Abg. Dr. David (Soz.) erhebt Widerspruch gegen die Auslegung der U-Boot-Resolution durch Ledebour. Die Resolution enthalte ausdrücklich, daß die berechtigten Interessen der Neutralen gesichert werden sollen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (wild): Wiederum ist mir das Wort abgeschnitten worden. Es wäre mir ein Leichtes gewesen, nachzuweisen, daß der Abg. David vollständig die Unwahrheit gesagt hat. (Lachen des Präsidenten.) Dem Abg. Liebknecht wird das Wort entzogen. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr (Kleine Anfragen, Militär- und Marine-Etat).

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Sonntag, 9. April, 1/4 1 Uhr: „Komödie der Worte“. Große Pr. — 1/4 1 Uhr: „Der Vursche des Herrn Oberst“.

Schuhwarenhans.

Großes Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen. Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Städt. Fleischverkauf

Querstraße 1, Ecke Nerostraße

Schulgasse 7

Hellmündstraße 46, Ecke Wellritzstraße.

Der große Andrang zu unseren Läden veranlaßt uns, erneut auf die f. St. erlassene Bestimmung aufmerksam zu machen, daß Waren nur gegen

Vorzeigen der Brotansweisarten

verabfolgt werden.

Als Höchstquantum wird festgesetzt:

für Ochsenfleisch	2 Pfd.	für Speck	1/2 Pfd.
„ Schweinefleisch	2 „	„ Fett	1/4 „
„ Dörrfleisch	1/2 „	„ Wurst	2 „

Wiesbaden, den 6. April 1916.

Bekanntmachung betr. Großeinkauf von Kartoffeln.

Die Stadt gibt — vorbehaltlich jeder weiteren Aenderung — von Freitag den 7. April bis auf weiteres Speisekartoffeln an Großhändler, Bezugsvereinigungen, Konsumvereine

zwangungsweise den Zentner zu 5.50 Mark

ab Güterbahnhof Wiesbaden-West, lose verladen, bahnamtliches Gewicht der Abgangstation maßgebend, oder den Zentner zu 5.75 Mark,

ab städtisches Lager, ab. Säcke sind seitens der Käufer zu stellen. Bestellungen werden im Rathaus — Zimmer 45, 2. Stock — morgens zwischen 10—12 Uhr entgegengenommen.

Die Käufer sind verpflichtet, Speisekartoffeln ausschließlich an hiesige Einwohner gegen Empfangnahme der Kartoffelmarken, bezw. der Bezugscheine für Kartoffeln

den Zentner zu 6.05 Mark zuzüglich

25 Pfennig für die Zustellung frei Haus,

oder 50 Pfennig für den Kumpf — 8 Pfund zu verkaufen. Kartoffeln für Minderbemittelte zu 40 Pfennig für den Kumpf sind nur an dem städtischen Marktstand zu beziehen.

Die von den Kartoffelhändlern eingelösten Kartoffelmarken (zu je 100 Stück zusammengebunden) und die Bezugscheine sind jeden Montag morgen zwischen 10—12 Uhr im Rathaus, Zimmer 45, 2. Stock, zurecht Abrechnung abzugeben.

Zu widerhandlungen werden unumgänglich verfolgt und ziehen Bestrafungen nach den besonderen scharfen Bestimmungen nach sich.

Wiesbaden, den 6. April 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung betr. Kleineinkauf von Kartoffeln.

Von Montag den 10. April ab werden sämtliche Kartoffelmarken, also auch die Marken VII und VIII für gültig erklärt. Der Bedarf an Kartoffeln entsprechend der vorhandenen Marken kann auf einmal eingebracht werden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diese Menge bis Sonntag den 30. April er. reichen muß.

Großes, Anstalten etc., die bisher ihre Bestellungen gegen Voranbezahlung im Rathaus auf Zimmer 47 gemacht haben, erhalten von Montag den 10. an Bezugscheine für den wöchentlichen Bedarf im Reissaal des Rathauses.

Kartoffeln, der Kumpf zu 50 Pfennig und der Zentner zu 6.05 Mark zuzüglich 25 Pfennig für die Zustellung frei Haus, sind gegen Abgabe der Kartoffelmarken bzw. der Bezugscheine bei den hiesigen Kartoffelhändlern zu kaufen. Im Marktstand werden nur noch Kartoffeln für die minderbemittelte Bevölkerung, der Kumpf zu 40 Pfennig, abgegeben.

Wiesbaden, den 6. April 1916.

Der Magistrat.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5

neben Hotel Vater Rhein.

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.

Alle Bezugsquellen, solide Schuhwaren zu billigen Preisen zu kaufen.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Freidenker-Verein (F.V.) Wiesbaden

Sonntag, 9. April, nachmittags 2 Uhr:

Familienausstellung.

Treffpunkt: Bahnhof Wiesbaden, Wandersberg.

Abfahrtsort: Wiesbaden, Wandersberg.

Schierstein. Gaste willkommen! 1188

über mehr als 1000

gegenüber dem

hiesigen

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

Wanderweg

hienste und stärkt die Feinde Deutschlands, und Deutschland bedeutet deutsches Volk! Gewiß ist es wahr, die Feuertaube in Deutschland ist schuldig; gewissermaßen überdies ist es, was die Wucherer mit dem Volk treiben. Sie abzuwehren, ist heilige Pflicht der Regierung und Volksgemeinschaft. Die Feuertaube ist aber in allen Ländern als Folgeerscheinung des Krieges vorhanden; sie braucht gar zum Teil auf Wucher gewissermaßen kranken im Staat, aber zum größten Teil auf dem Krieg selbst, der speziell Deutschland die Einfuhr unterbindet. Aber deshalb darf es nicht geschehen, daß sich Deutschland unterwirft; es darf keinem Volksterroristen einfallen, so zu handeln, wie es Dänie und Genossen getan haben. Friede je eher, je besser; jedes Opfer, das fällt, brauchen die Länder als mühsames Glied des Ganges nach dem Kriege. Aber nicht Friede, der die Anarchisten verlangt, nicht ein Frieden, der einen neuen Krieg in sich birgt. Das muß unsere Politik sein. Sogar dem Volke gegen Willkür und Ausbeutung! Dazu gehört Einigkeit und Geschlossenheit des Volkes und Einigkeit und Geschlossenheit der Partei, um diesen Frieden und dieses Ziel zu erlangen. Wollen wir unsere Gegner nicht, dann müssen wir eben anhalten, und dann muß es kommen und wird kommen, ob sie wollen oder nicht. Große Aufgaben stehen jetzt, aber erst nach dem Kriege anderer Völker zu lösen, bevor, falls das deutsche Volk, soll die Arbeiterklasse nicht zum Spielball unserer Feinde werden. Schauen wir also zunächst unser Volk gegen unsere ausländischen Feinde, vornehmlich wir dann unsere Kraft nach dem Kriege im Interesse derer, die im Kriege ihre ganze Hoffnung auf die Partei setzen! Jetzt ist nicht unsere herrliche Bewegung zum Gaudium unserer Feinde! Schließt die Reihen zu gemeinsamer Arbeit für die Zukunft! Dann wird es auch der letzte Krieg sein, der ausgefochten wird.

Dieselbe Partei schlägt die anderen Briefe an, sie bringen dieselben Gründe vor. Hier eine Probe:

Die weit die Gegner im Osten und Westen noch davon entfernt sind, sich für bestrebt zu halten oder auch nur einzusehen, daß sie Deutschland nicht befehlen können, zeigen deren immer wiederholten Erklärungen, Deutschland auf die Knie zu zwingen und es politisch und wirtschaftlich vernichten zu wollen. Da mag man den Frieden nach so sehr aus tiefer Seele herbeiwünschen — und welche fähiger Mensch hätte das nicht! — es bleibt unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als den Kampf fortzusetzen, bis auch die Feinde der feindlichen Schranken überzogen sind, daß es ihnen nicht gelingen wird, Deutschland niederzuringen, und daß es auch für sie besser ist, Frieden zu machen. Das ist freilich eine furchtbare, verhängnisvolle Situation für die Völker; aber es hilft nichts, vor ihr die Augen zu schließen; man muß mutig und offen die Konsequenzen daraus ziehen. Auch für die jetzige Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gilt das. Auch ich, sowie meine Freunde, die schon seit Beginn dieses verheerenden Weltkrieges im Reich stehen und mit unserem Leben für das Vaterland und die Teilgenossen kämpfen, würden freudig dem Frieden entgegenstehen, aber einem solchen, der die freie Entwicklung unseres Wirtschaftens nicht hemmt. In dieser schweren Stunde ist es Pflicht eines jeden, seine ganze Kraft einzusetzen durch eine geschlossene Einheit im Reichstage, um den Krieg nicht noch zu verlängern. Wer aber die Geschlossenheit der Reaktion prengt, der fördert nicht den Frieden, sondern stärkt den Feinden des Vaterlandes.

Beide Briefschreiber stehen von Anfang an, der eine war verwundet, der zweite steht jetzt dort, wo es am besten beruht. Nun noch (wir können wegen Raummangel nicht alles bringen, die Briefe sind ja aber auch alle aus dem gleichen Geist geboren) ein Stück aus dem Briefe eines Krieges, der verwundet hinter der Westfront liegt. Von hat, wie er schreibt, seit Webers Tod sein Parteileben so hart getroffen, wie die Kunde von der Ermordung:

„Nun war uns die Partei das Banner, zu dem wir freudig und gläubig aufzogen. Wollten uns in Friedenszeiten das nimmer erschöpfende Glied der Nation, ihre teilweise Unwissenheit niederdrücken; wollten uns der Hohn und die Spottreden der Gegner die Hände in den Schoß drücken; die Partei gab uns immer wieder Kraft und Mut. Wenn wir draußen in den Schützengräben lagen, das Gewehr im Anschlag auf das Auge wie ein Licht, wenn die Gefahr drohte, wenn die Dunkelheit um Hilfe schrien, wenn Sterbende riefen und das dunkle Chaos uns zu vernichten drohte: da war die Partei, der Sozialismus der Hoffnungstrahl, der uns einst zum Licht führen würde. Wie oft sind die Unterstände untergefallen von dem Namen Webers, Jannas, Kraus oder Lebedew! Und als uns einmal in einer besetzten nachrangigen Stadt ein post Karer an einer Straßenecke die „Internationale“ vorfanden, da lebten wir auf, da flammten unsere Herzen, daß wir jene Stunde nie vergessen können.“

So oft wir draußen im Felde von dem Parteileben lasen, wurden wir unwillig. „Ob es denn für einen Feinde oder Dänie nichts anderes in Deutschland zu tun, als sich gegenseitig Tag für Tag zu bekämpfen, teils gar in bürgerlichen Wägen? Gewiß! Ein Ereignis, das die ganze Erde in ihren Wunden erschüttert, es kann nicht ohne Einwirkung auf die Partei bleiben. In nicht aber das Ziel und Streben des Sozialismus ein so hohes, so heiliges und gewaltiges, daß nicht vor ihm die verhassten Krieger des Tages verblasen müssen? In der gemeinsamen Aufgabe wird sich bald wieder die Internationale emporkonten. So trösteten wir uns, darum waren es auch nur wenige von der Front, die es nötig hatten, ihre Stimme geltend zu machen. Wie glaubten wir an eine Spaltung und tun es auch heute nicht. Noch viel weniger ahnten wir einen Teilnahmestreich, der das Volk zu ihren Führern machte. Das höchste Gut menschlichen Daseins, die Parteigenossen in ihren Gängen, die haben es gar leicht verworfen. Als wir das Unglaubliche hörten, sagte mir ein Parteigenosse, der neben mir im Lazarett lag: „Sind wir deshalb fähig, von Haus zu Haus, treppauf und treppab zu gehen, um einen Kandidaten zu werben? Gedenkt man jeden als Vereiter zu gebrauchen, der es einmal in Partei oder Gewerkschaft wagte, neben der Wehrzeit einen besonderen Tag zu spielen? Die Partei sollten sich die Rechte hinter die Ohren schreiben. Wie und immer wird es für ihr vornehmer Tun am 24. März eine Entschädigung geben.“

Ob die Bewilligung der Kriegsgeldrate recht ist oder nicht, darüber wollen wir hier nichts sagen. Die Zukunft wird es lehren, denn alle Parteien sind aufgedeckt. Das eine aber können wir behaupten: kein einziger von allen, die an der Front stehen, denkt, sein Vaterland im Stich zu lassen, trotzdem jeder des Krieges satt ist bis über die Ohren. Niemand haben wir uns in Friedenszeiten das Recht auf Heimat und Vaterland streitig machen lassen. Gellen wir jetzt unsere Städte und Dörfer vernichten und niederbrennen sehen? Derin kann uns selbst die realistische Regierung nicht unwillkommen. Was wir mit ihr abzurechnen haben, steht auf einem anderen Blatt. Wir glauben, die Minderheit läßt sich von solchen Stimmungen leiten. Es gibt heute im bürgerlichen Lager mindestens so viel Kriegsgeldrate, als im Sozialdemokratischen es abgesetzt wird.

Der Genosse schildert weiter, wie gewisse rabiate Patrioten, denen er auch in der Zeit begnüge, acrne leben würden, daß die Sozialdemokraten Dummheiten machen, von deren Anreizung dürften wir uns aber doch nicht aufwickeln lassen: „Die Minderheit in der Partei mag sich nicht von Stimmungen verführen lassen. Will sie aber konsequent sein, dann muß sie sich weigern, auch nur eine Schippe anzuhören, die dann einen Schützengraben auszuheben!“

Woh! um die Stimmung der Genossen an der Front darzutun, brachten wir die Briefstellen. Frieden, Frieden möchten alle haben. Aber ihnen dünkt, das Handeln der Opposition sei das verheerendste Mittel, zum Frieden zu gelangen.

Die Riesenheringsfänge im Skagerak.

Aus Lübeck wird dem „Berl. Tagbl.“ berichtet: Bei den ungeheuren Heringsfängen, die im Monat März und früher von deutschen Fischern an den Küsten Schottlands-Polens und in den dänisch-schwedischen Gewässern gemacht worden sind und bei der großen Befruchtung der schwedischen Fangplätze an den deutschen Markt, zum

Beispiel nach Kiel, ist es eine auffallende Erscheinung, daß Herings- und Spratten fangplätze noch im Besitz stehen und die Preise noch immer steigen. Auch die anderen gute Zufuhr der großen Herings- und Spratten fangplätze hat die Preisbildung nicht beeinflusst. Anfang März sind im Lagerhof von Heringsfischern umgehende Heringsfänge gelagert worden, deren Wert an einem einzigen Tage beinahe dreihundert Millionen Mark betrug. Jetzt ist die Heringsfischerei im Lagerhof beendet, die Fischer sind heimgekehrt. Es wird bekannt gegeben, daß ein jedes Boot in vier Wochen einen Ertrag von über 25.000 Mark erzielt und daß ganz junge, eben aufgenommene Fischer im Monat März 3500 Mark ausbezahlt erhalten haben! Es wird weiter berichtet, daß die Fänge alle Erwartungen übertrafen, daß der März den Heringsfischern einen sonstigen vollen Jahresertrag gebracht habe und daß in früheren Jahren ein Teil der Herings- und Spratten fänge schon einen solchen Umfang bedeutete. Und trotz alledem die unverhältnißmäßig hohen Herings- und Sprattenpreise: Der letzte Herings- und Spratten fang, in denen von den Fischern für das Pfund Herings 5 Pfennig und darunter gefordert wurden; waren ihrer gar zu viele gelungen, dann wurden sie wegen der zu geringen Preise fast ausschließlich abgegeben. Heute kostet das Pfund Herings an vielen norddeutschen Verkaufsplätzen, z. B. in Lübeck, noch allerseits um 60 und 65 Pfennig, kleine, mittelmäßige Werte. Winter werden sie billiger, aber 65 Pfennig ist meistens der Durchschnittspreis. In Kiel werden bis 65 Pfennig gefordert; die Preise an den anderen Hauptverkaufsplätzen, Hamburg, Altona und Lübeck, sind oft nicht viel niedriger. Selbst kleine Herings, die für Küchengerichte und den Versand nicht in Betracht kommen, müssen sehr hoch bezahlt werden. Auch die schwedischen Fangplätze fordern trotz überhöhter Heringspreise sehr hohe Preise, zum Beispiel für minderwertige Heringsfänge 70 Mark für die Risse und darüber. Für Spratten werden in Kiel oft über 40 Mark gefordert. Das sind also Preise, die sich durch die Wägen und Unkosten der Heringsfischerei nicht rechtfertigen lassen und die das so notwendige Vorratungsmittel, das zum Glück meistens reichlich vorhanden ist, ganz unerschwinglich machen. Die Schwankungen in der Preisbildung sind wohl zu verstehen, denn es kommen auch Tage, an denen die Herings nur geringe Werte liefern; es steht aber fest, daß trotz wiederholter Heringsfänge von Herings von den hohen Preisen nicht wesentlich abgegangen wurde. Der Verdienst von 2500 Mark für einen halbwöchentlichen Fischfang in vier Wochen, das ist genug. Die Befischung von Heringsfängen für Herings und Spratten würde hier vielleicht der Allgemeinheit gute Dienste leisten.

Seeschifffahrt und Donau-Rhein-Weg.

Unter diesem Titel schreibt Josef Hofmeyer, Köln-Industriell, in Nr. 6 der Zeitschrift „Die Donau“. Wir geben das Hauptstück seines Artikels wieder; Himmels seine Berechnungen, so würde besonders Süddeutschland ein großes Interesse an dem Donau-Rhein-Weg haben. Denn je ferner süddeutsche Orte von der Nordsee und je näher sie der Donau liegen, um so günstiger dann für sie die Tarife.

III. unter Bemühen, durch den Ausbau des Donau-Rhein-Weges die Transporte von dem Schwarzen Meer nach den Nordseehäfen über diese Binnengewässerstraße dauernd abzulösen, muß feststehen, wenn keine Frachtvorteile mit der Binnenschifffahrt zu erzielen sind, wenn also wirklich der Seeweg auch hier billiger ist als die Binnenschifffahrt. Ist das der Fall, dann wäre der Rhein-Donau-Weg mit einer Hilfsverkehrsstraße zur Sicherung weiterer räumlicher Verbindungen, er würde aber niemals eine solche Bedeutung erlangen, wie wir es uns ausmalen. Ueber die voranschreitenden Frachtkosten muß deshalb unbedingt einmal Klarheit geschaffen werden. Gewiß ist auch heute noch die Kosten einer Befrachtung auf dem Seeweg effektiv die geringsten. Die Kosten für den Tonnenkilometer, ohne Berücksichtigung von Versicherung, verhalten sich in günstigen Fällen noch wie 2 : 1. Da ist es vor allem nötig, daß die Donau besser ausgebaut wird. Die von dem bayerischen Ministerialdirektor Haber vorgeschlagenen Änderungen an oberösterreichischen Donauauf- und am sogenannten Kachel, die Schiffsverhältnisse auf den Natonschiffen, insbesondere am Eisernen Tor, müssen vollends gehoben werden. Dann erst kann die Donau als leistungsfähige Binnengewässerstraße gelten. Von dieser Voraussetzung, neben der selbstverständlichen Voraussetzung, daß der Main kanalisiert und der Rhein-Donau-Kanal gebaut wird, müssen unsere Betrachtungen über die Leistungsfähigkeit der Donau-Rhein-Wasserstraße ausgehen. Je größer die Schiffe, je besser das Fahrwasser und je länger der Weg, um so billiger stellen sich die Frachten. Wenn heute für eine 2000 Kilometer lange Donaufahrtsstrecke 20 Mark für die Tonne einen niedrigen Frachtsatz bedeutet, gleich 1 Pfg. für den Tonnenkilometer, so zeigt es sich, wie schlecht das Fahrwasser der Donau ist und wie gering noch der Schiffsverkehrs- und Frachtwert auf der durchgehenden Donaufahrt ist. Mangel an Rückfrachten spielen auch eine große Rolle. Nach den Berichten der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, aus dem Jahre 1913, wurden Frachtkosten in häufig vorkommenden Fallfrachten: Getreide, Kohlen, Holz von Mannheim nach Rotterdam, 570 Kilometer, für 0,26 Pfg. für das Tonnenkilometer und zu Berg für 0,35 Pfg. für das Tonnenkilometer befördert. Im Mittel 0,30 Pfg. für das Tonnenkilometer. Zwischen Duisburg und Rotterdam, 215 Kilometer, waren die Frachten schon erheblich größer. Diese Frachten für Schiffe über 1250 Tonnen Frachtkapazität. Gleiche Frachtsätze wie nach Mannheim sind auf dem kanalisiertem Donau-Rhein-Weg auch zu erreichen, nur muß die Fahrtrinne entsprechend verbessert werden. Infolge der längeren durchgehenden Fahrtsstrecke, die nicht alle zwei oder vier Tage durch kostspielige längere Wägen unterbrochen werden muß, sollte der Satz für das Tonnenkilometer noch herabgesetzt sein. Aber der kanalisierte Main und der Rhein-Donau-Kanal bedingen zeitraubende Schiffsanpassungen, so daß wir mit einer Herabsetzung dieses Satzes nicht rechnen wollen, im Gegenteil, als mittlerer Satz für das Tonnenkilometer mag zur Sicherheit für die Vergleiche 0,40 Pfg. und für die Tonne 0,30 Pfg. im Durchschnitt 0,35 Pfg. für das Tonnenkilometer gerechnet werden. Um richtig rechnen zu können, muß die Streckenlänge zuerst berechnet werden. Als zentral gelegene Verladehäfen für Rumänien und Bulgarien sollen dann die Donauhäfen Gurgos und Rustschuk gelten. Da der ganze durchgehende Volkswirtschaft vornehmlich nach Westdeutschland, nach den rheinisch-westfälischen Produktions- und Handelszentren, sowie nach dem Oberrhein ausstrahlen wird, so wäre Köln a. Rh. als nördliche Frachthafen anzunehmen. Das ist nicht zu günstig für den Donau-Rhein-Weg gerechnet. Die Gesamtfahrtsstrecke von der Mitte Rumäniens und Bulgariens bis Köln a. Rh. ergibt sich danach mit rund 2500 Kilometer. Es entfallen rund 1910 Kilometer auf die Donau, 190 Kilometer auf den Donau-Rhein-Kanal und 400 Kilometer auf Main und Rhein. Als stündliche Fahrleistung sollen bei der Tonne 8 Kilometer und bei der Vergleiche 4 Kilometer gerechnet werden. Bei der unten folgenden Frachtberechnung wird Log- und Radreise angenommen. Die Seeschifffahrt muß heute von Galatz oder von Konstantza verfrachten. Wenn wir Konstantza als Verladehafen an-

nehmen, dann beträgt die Seefahrtsstrecke bis Rotterdam rund 6400 Kilometer. Dazu kommen aber die Länge der Ausfahrtsstrecke, durchschnittlich aus der Mitte von Rumänien und Bulgarien berechnet, bis Konstantza mit rund 300 Kilometern und die Rhein-Fahrtsstrecke von Rotterdam bis Köln ebenfalls rund 300 Kilometer (genau 308 Kilometer), zusammen rund 7000 Kilometer. Die wirklich gute Ausgestaltung der Schiffsfahrtsstrecke Donau-Rhein verlangt große Aufwendungen, die mit einer Verbesserung der Basse in der Donau-Main-Kanal, einschließlich der Main-Kanalisierung und des Donau-Rhein-Kanals für 600. bis 1000-Tonnen-Schiffe, sowie Beleuchtung der ganzen Linie auf rund 300 Millionen Mark zu schätzen sind. Die Kosten hierfür müssen durch den Schiffsverkehrssteuern gedeckt werden. Es sind Schiffsverkehrssteuern zu erheben, die bei den Frachtberechnungen zu berücksichtigen sind. Angenommen, es sollten keine besonderen Bassegebühren für den Donau-Rhein-Kanal und andere künstliche Bauwerke erhoben werden und man wollte auch den Fernverkehr weniger belasten als den Nahverkehr, dann könnte man an folgende Staffelformen denken:

Schiffsfahrtsabgaben unter 500 Kilom. 0,15 Pfg. für das Tonn.-Kilom.					
1000	0,10				
2000	0,07				
3500	0,05				

Dietrich wären für den 2000 Kilometer langen Weg, Mitte Vulkas bis Köln a. Rh., 125 Mark an Schiffsfahrtsabgaben zu erheben. Bei einem Verkehr gleich 5 Millionen Tonnen in einer und 5 Millionen Tonnen in anderer Richtung könnte der jährliche Gesamtverkehr auf rund 25 Millionen Tonnenkilometer geschätzt werden. Will man die Schiffsfahrtsabgaben zum Durchschnittssatz von 0,07 Pfg. für das Tonnenkilometer rechnen, dann würden das für das Jahr 17,5 Millionen Mark Abgaben ergeben. Die Vergleichsfrachtkosten und Reisedauer, unter Berücksichtigung dieser Schiffsfahrtsabgaben, stellen sich danach wie folgt:

a. Seewege	Mitte Vulkas bis Köln 2000 Kilom. 33 Tage 14 —	14	10,75
b. Donau-Rheinweg	2500	24	10,75
c. Rhein-Donauweg Köln b. Mitte Vulkas 2500	14	9,25	

Auf dem Donau-Rhein-Weg ist demnach die Fracht gegenüber der Seefahrt von Gurgos, Mitte Vulkas, nach Köln, einschließlich Schiffsfahrtsabgaben um 2,25 Mark für die Tonne und von Köln nach Gurgos 4,75 Mark für die Tonne billiger. Das macht im Durchschnitt 1 Mark für die Tonne oder für 10 Millionen Tonnen 40 Millionen Mark Frachtersparnisse für das Jahr. Bei der Seefahrt muß das Gut in Konstantza und in Rotterdam umgeladen werden, die Fahrt dauert viel länger, und das Gut ist gegen die schädlichen Einwirkungen des Seewassers zu schützen. Mit den Frachtvorteilen auf dem Donau-Rhein-Weg werden die größere Sicherheit der Fahrt, die geringeren Versicherungskosten, die größte Schonung der Waren und der unmittelbare, viel schnellere Verkehr zwischen Verfracht- und Empfangshafen ohne Umladung verbunden.

Zwangsorganisation britischer Nichtgewerkschafter.

Ein sehr wichtiger Beschluß wurde am 16. März 1916 in einer in London stattgefundenen Konferenz der schottischen Kohlenunternehmer gefaßt. Unter dem Vorsitz des Regierungsdirektors Sir George Murray, verteilten die Vertreter der Gewerkschafter und der Kohlenunternehmer über die Mittel, die geeignet wären, für die Dauer des Krieges die Streiks zu verhindern und die Kohlenausbeute zu erhöhen. Die Konferenz faßte folgenden Beschluß: „Die nichtgewerkschaftlichen Bergleute sind aufzufordern, sich den anerkannten Gewerkschaften anzuschließen. Die Bergwerksbesitzer willigen ein, daß dieser Beschluß durch öffentlichen Beschluß in den 100 schottischen Bergwerken bekannt gegeben wird. Wenn es die Arbeiter trotzdem ablehnen, in die Gewerkschaften einzutreten oder ihre Mitgliedschaft fortzusetzen, so sind die Arbeitgeber berechtigt, den Bestand des Gewerkschaftsverbandes anzunehmen, um diesen Beschluß durchzuführen. Entschieden hierbei Schwierigkeiten, die sich auf gütlichem Wege nicht regeln lassen, so sind sie dem Hauptindustrieamt zu unterbreiten.“

Seit diesen Jahren haben sich die Vertreter der Bergleute bemüht, die Einmischung der Gewerkschafter in eine betriebsliche Angelegenheit zu verhindern; aber diese verstoßen dabei den Standpunkt, daß sie dem Recht hätten, ihre Arbeiter zur Organisation zu zwingen, zu zermahlen ist jedoch, daß dieser Beschluß nur für die Kriegsdauer in Kraft bleiben soll. Zunächst hat er natürlich eine außerordentliche Bedeutung.

Dermishte Kriegsnachrichten.

Dienstagabend wurde Genosse Katter (Düffeldorf) aus dem Gefängnis entlassen. Katter war Ende November a. J. unter dem Verdacht, das Zimmerwörter Kanisist verbreitet zu haben, in Haft genommen, aber am 21. Februar d. J. von dieser Anklage freigesprochen worden. Der Haftbefehl war bereits am 2. Februar vom Untersuchungsrichter aufgehoben worden. Genosse A. wurde auch nach seiner Freilassung in „Schutzhaft“ behalten. Am Dienstag erfolgte nun ganz unerwartet seine Haftentlassung.

Bei Feuerungsarbeiten wurden in der rumänischen Stadt Plehiti Lebensmittelmittel geplündert. Polizei und Militär schritt ein. Der Belagerungszustand wurde verhängt.

In der rumänischen Kammer verzeigten die Konservativen mit Rücksicht auf die Lage auf politische Erörterungen in der Ständebatte.

Das schwedische Sozialamt beauftragte bei der Regierung ein vorläufiges Verbot mit Geltung bis zum 1. April 1917 gegen die Werbung zur Auswanderung aus Schweden, durch das Überlieferungen mit einer Geldstrafe bis zu höchsten 2000 Kronen bestraft werden. Der Vorschlag richtet sich gegen die Werbung von Arbeitern für England.



„Trauring-Eck“

Frankfurts größtes Trauringgeschäft

Fr. Plettsch

31 Thierischegasse 31

Frankfurt a. M.

Enormes Lager in Uhren, Goldwaren

Fugelose Trauringe.

Gravierer, Engr. u. Welformachen gratis.

In keiner Arbeiterfamilie darf die Volksstimme fehlen!

Sackanzüge

in neuen prachtvollen
Farben, Formen und Mustern.

Preislisten:

22	25	28	30	33	35	38
40	42	45	48	50	54	60
65	68	70	75	80	bis	100

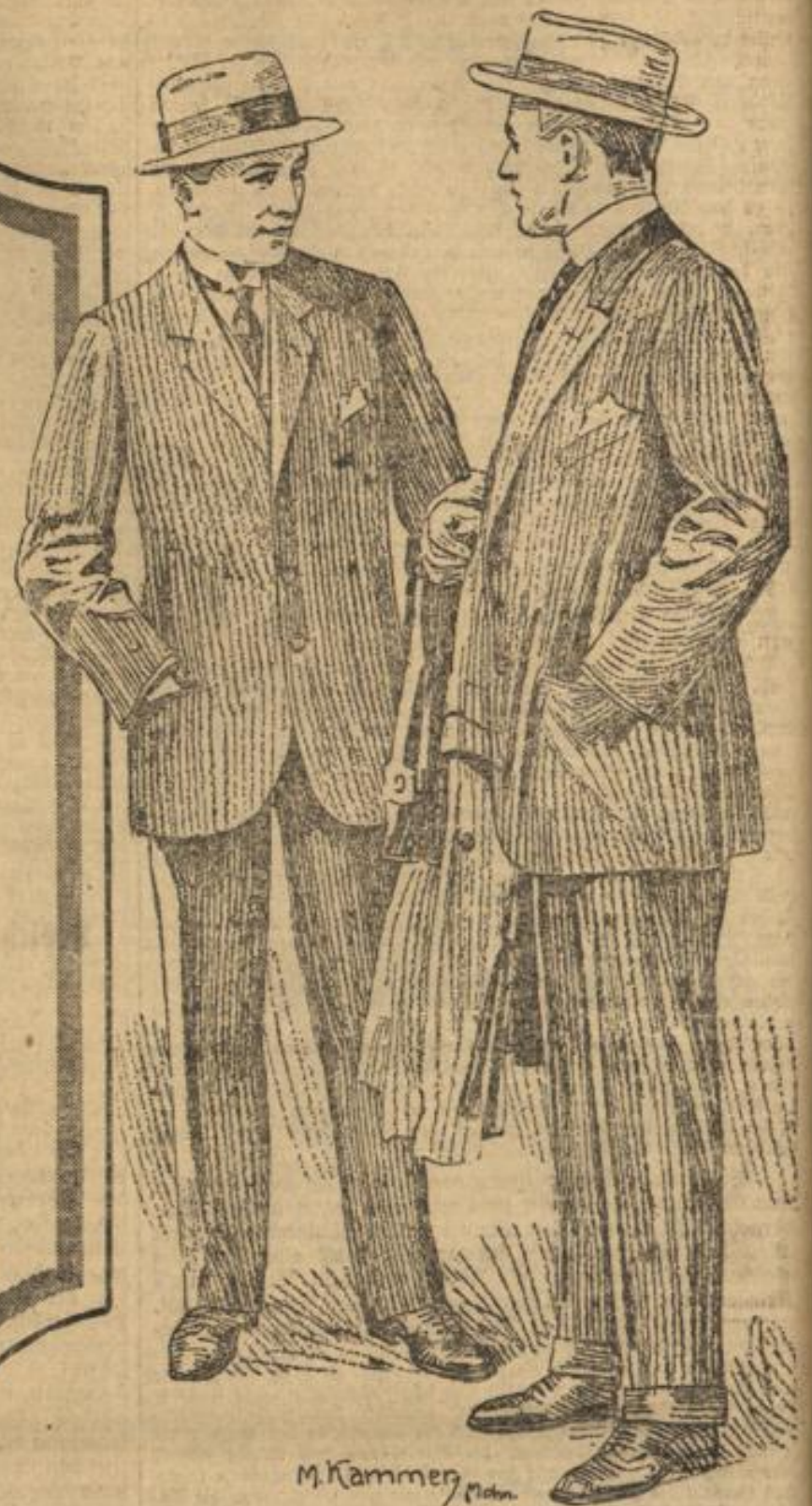
Sport-Anzüge

vortreffliche widerstandsfähige
Qualitäten in grosser Auswahl

Preise: Mk. 25.- bis 75.-

CARSCH

Liebfrauenstraße 8-10
Neue Kräme 27
Höchst a.M. Königsteinerstr. 5



M. Kammer, Maler

Sonntag den 9. April 1916, mittags 12 Uhr,
im großen Saale des Zoologischen Gartens:
Große

Öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

„Die neuen Steuern im Deutschen Reichstage“.

Referent: Herr Reichstagsabgeordneter **Hildenbrand** (Stuttgart).

Männer und Frauen von Frankfurt a. M.! Der Reichstag steht im Begriffe, neue Steuern zu beschließen. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß die neue Steuerbelastung, wenn schon die Notwendigkeit derselben anerkannt werden muß, auf die tragfähigen Schultern gelegt wird.

Wir halten es für dringend angebracht, daß die Frankfurter Bevölkerung ihre Meinung zu der Aufbringung dieser Mittel zum Ausdruck bringt.

Der größte Einfluß auf diese Gesetzesvorlage wird

durch Massenbesuch dieser Versammlung erreicht werden.

Der Vorstand des Sozialdem. Vereins Frankfurt a. M.

Trinkt Frankfurter Bürgerbräu!

Karl Winnen

Telephon H.1353 206 Berger Strasse 206 Ecke Saalburgstr.

Zur Konfirmation

schwarze und farbige Konfirmanden- u. Vorstell-Anzüge.

Grosses Lager in Schuhen und Stiefeln.

== Wäsche — Hüte — Schirme und Stöcke. ==

Lieferant sämtlicher Konsum-Vereine.

Feine Herren-Anzüge Paletots

neue u. gebrauchte, in großer
Auswahl, sowie hochfeine
schwarze Hosen

Smoking-Anzüge
Frack-Anzüge
Gehrock-Anzüge
Bozener Mäntel
Pelerinen, Hosen

preiswert
im Kaufhaus für
Monats-Garderoben
Töngesgasse 33, I.

2 Kopfkissen, 1 großes Bett
gut gefüllt, zusammen 24.- Mk.
Bettfabrik Zettelmann,
Neue Mainzerstr. 78, am Opernplatz

Heidekraut

zu Stren- und Futterzwecken,
liefert wagnonelle und in Röhren

Seligmann Grünebaum
Frankfurt a. M., Hanauer Landstraße 147/149
Telephon „Hanfa“ 3734 u. 3416.

Wenig getragene und neue

Anzüge, Paletots, Ulster, Frack-, Smoking- und
Gehrock-Anzüge, Hosen, Stiefel und Uniformen
Militärmäntel und Uniformen jeder Gattung.
in dem seit Jahrzehnten bekannten

Gelegenheits-Kaufhaus

K. Sondheimer, Buchgasse 5
Telephon Amt Hanfa 6587 :: :: Trambahnlinie 18.

Für Ostern

empfehlen wir:

Damen-Artikel

Blusen
schwarz, weiss, farbig
Damenhemden, Bein-
kleider, Untertaillen
Strümpfe, Handschuhe
Schürzen in allen Grössen
und Farben.

Herren-Artikel

Oberhemden
Einsatzhemden
Mako-Hosen
Mako Jacken
Socken
Kragen, Kravatten
etc.

L. Brosius-Hintze

nur Taunusstrasse 45-47.